

Dr. Frank Brodehl anlässlich der Handyverbot-Forderung des Deutschen Lehrerverbandes:

„Bildungsministerin Prien muss die private Handynutzung an Schulen evaluieren und notfalls verbieten“

Kiel, 10. September 2018 **Nachdem das französische Parlament im Juli ein Gesetz verabschiedet hat, das Kindern im Alter von drei bis 15 Jahren die Nutzung von Handys und Tablets an Vorschulen, Grundschulen und weiterführenden Schulen verbietet, hat der Deutsche Lehrerverband jetzt in Deutschland ebenfalls ein Handyverbot gefordert. Dr. Frank Brodehl, familien- und bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Die Praxis hat gezeigt, dass die private Nutzung von Handys und Tablets die Aufmerksamkeit von Kindern bei schulischen Veranstaltungen deutlich herabsetzt. Wer damit beschäftigt ist, eine WhatsApp-Nachricht zu verfassen, eine E-Mail zu versenden oder im Internet zu surfen, kann nicht gleichzeitig dem Unterricht folgen. Die Bildungsnation Frankreich hat deshalb bereits im Juli die Konsequenz gezogen und an allen Schulen des Landes ein Handyverbot für Kinder bis 14 Jahre erlassen.

Dass der Deutsche Lehrerverband jetzt ebenfalls ein Handyverbot an Schulen für Kinder bis zum 14. Lebensjahr fordert, weil Handys verstärkt als Mobbinginstrument genutzt werden, zeigt, wie groß die Probleme auch aus Sicht der Lehrerverbandes längst sind, die von privater Handynutzung an unseren Schulen ausgehen.

Die AfD-Fraktion fordert deshalb die Bildungsministerin Karin Prien (CDU) auf, die private Handynutzung an den Grund- und weiterführenden Schulen Schleswig-Holsteins umgehend evaluieren zu lassen und dem Landtag zu berichten, wie Jamaika sicherstellt, dass die von privater Handynutzung an Schulen ausgehenden Probleme eingedämmt und beseitigt werden.“

Weitere Informationen:

- *tagesschau.de*-Artikel „Lehrerverband will Handyverbot“ vom 7. September 2018:
<https://www.tagesschau.de/inland/schule-handys-101.html>